

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jutta Krellmann, Susanne Ferschl, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/6041 –**

Arbeitsschutzkontrollen in Deutschland

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Arbeitsschutz zielt darauf ab, die Sicherheit und Gesundheit von Beschäftigten bei ihrer Arbeit zu erhalten. Es sollen Arbeitsunfälle verhindert oder deren Folgen verringert werden. Außerdem gilt es, akute und langfristige Gesundheitsfolgen im Zusammenhang mit Erwerbsarbeit zu minimieren. Der personenbezogene Schutz bestimmter Beschäftigtengruppen, wie beispielsweise der Mutterschutz, ist ebenfalls Teil des Arbeitsschutzes. In Deutschland beruht der Arbeitsschutz auf einem Policy-Mix aus Arbeitsrecht, Verwaltungsrecht, Marktrecht und sozialrechtlichen Maßnahmen (vgl. Kohte, WSI Mitteilungen 3/2015). Damit die bestehenden Regelungen zum Arbeitsschutz eingehalten werden, bedarf es eines effektiven Aufsichtssystems.

Zu einem Aufsichtssystem hat sich Deutschland insbesondere durch verschiedene völkerrechtliche Verträge verpflichtet. In Artikel 3 Nummer 2 der Europäischen Sozialcharta (ESC) hat sich die Bundesrepublik Deutschland dazu verpflichtet, für Kontrollmaßnahmen zu sorgen, damit die Arbeitsschutzvorschriften eingehalten werden. Darüber hinaus gilt das ILO-Übereinkommen Nummer 187, der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen, das Staaten darauf verpflichtet, ein wirksames Arbeitsschutzsystem aufzubauen. Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Grundsatzentscheidung (BVerfG – 1 BvR 1025/82) festgestellt, dass ein solches Arbeitsschutzsystem nicht alleine den Marktkräften überlassen werden darf. Stattdessen sind staatliches Recht und staatliche Aufsicht für den Gesundheitsschutz unabdingbar.

Mit dem Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) wurde im Jahr 1996 ein System der Rechtssetzung für den Arbeitsschutz in Deutschland geschaffen. Konkretisiert wird das Gesetz durch Verordnungen, die verschiedene Aspekte des Arbeitsschutzes regeln. In der gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) werden die geltenden Gesetze in Form von Leitlinien für die Anwender in den Betrieben handhabbar gemacht. Die bestehenden Regeln gilt es, durch ein effektives Aufsichtssystem zu überwachen. Allerdings lassen sich für Deutschland Aufsichtslücken feststellen (vgl. Kohte, WSI Mitteilungen 3/2015). Es gibt

Hinweise auf Missstände bei den Arbeitsschutzkontrollen in Deutschland: Immer weniger Personal führt in immer weniger Betrieben immer seltener Arbeitsschutzkontrollen durch („Plusminus“, Das Erste, am 19. September 2018). Inwiefern sich dieser Trend erhärten lässt, dazu soll die Bundesregierung befragt werden.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Im Mittelpunkt der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) steht die Verpflichtung ihrer Träger (Bund, Länder und Unfallversicherungsträger) zur Gemeinsamkeit im Präventionshandeln. Dafür vereinbaren die GDA-Träger gemeinsame Arbeitsschutzziele und sorgen für ein abgestimmtes Vorgehen bei der Beratung und Überwachung der Betriebe.

Ausdruck dieses abgestimmten Vorgehens sind die GDA-Leitlinien. Diese richten sich nicht an die Anwender in den Betrieben. Die Leitlinien formulieren das gemeinsame Grundverständnis der GDA-Träger zu zentralen Themen und beschreiben gemäß § 20 Absatz 1 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VII) und § 21 Absatz 3 des Arbeitsschutzgesetzes (ArbSchG) methodische Vorgehensweisen der für den Arbeitsschutz zuständigen Landesbehörden und der Unfallversicherungsträger für die Beratung und Überwachung der Betriebe. Die Leitlinien setzen einen fachlichen Rahmen, der gewährleistet, dass konkrete Überwachungs- und Beratungskonzepte inhaltlich gleichgerichtet und in Funktionalität und Anforderungsprofil gleichwertig ausgestaltet sind.

Die vereinbarten methodischen Vorgehensweisen sollen in die Überwachungs- und Beratungskonzepte der Aufsichtsbehörden der Länder und der Unfallversicherungsträger integriert werden.

Die Antworten der Bundesregierung auf Fragestellungen der Kleinen Anfrage basieren auf den Zulieferungen der zuständigen Landesbehörden.

1. Welche Institutionen sind in den Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung für die Kontrollen der bestehenden Regelungen zum Arbeitsschutz zuständig (bitte für jedes Bundesland gesondert auflisten)?

Eine aktuelle Auflistung der für den Arbeitsschutz zuständigen Behörden in den Bundesländern ist auf der Homepage der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) zu finden unter: www.baua.de/DE/Themen/Arbeitswelt-und-Arbeitsschutz-im-Wandel/Organisation-des-Arbeitsschutzes/Organisation-betrieblicher-Arbeitsschutz/Organisation-betrieblicher-Arbeitsschutz_node.html

2. In welchen Bundesländern sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Kommunen für die Arbeitsschutzkontrollen zuständig?

In Baden-Württemberg sind die Landratsämter und Stadtkreise für einen Großteil der Arbeitsschutzkontrollen als staatliche Aufgabe zuständig.

3. In welchen Bundesländern sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Unfallkassen für die Arbeitsschutzkontrollen zuständig?

In Schleswig-Holstein ist für staatliche Arbeitsschutzkontrollen die Untere Landesbehörde – Staatliche Arbeitsschutzbehörde bei der Unfallkasse Nord (StAUK) – zuständig, jedoch nicht die Unfallkasse selbst.

In Rheinland-Pfalz ist grundsätzlich die Gewebeaufsicht bei den Struktur- und Genehmigungsdirektionen für die Überwachung der Einhaltung der staatlichen Arbeitsschutzvorschriften zuständig. Die Unfallkasse Rheinland-Pfalz überwacht auf Basis einer Vereinbarung nach § 21 Absatz 4 ArbSchG in ihren Mitgliedsunternehmen (mit einzelnen Ausnahmen) nach den §§ 128 und 129 SGB VII den Vollzug des Arbeitsschutzgesetzes und der aufgrund dessen erlassenen Rechtsverordnungen.

4. Inwiefern teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass es in den letzten zwanzig Jahren zu einer Expansion der Aufgaben der Arbeitsaufsicht gekommen ist (bitte begründen)?

Die Kontrolle der Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen ist Aufgabe der Länder (Artikel 30, 83 GG, § 21 ArbSchG). Die Länder nehmen diese Aufgabe als eigene Angelegenheit wahr (Artikel 83 des Grundgesetzes). Sie legen die im Einzelnen hierfür zuständigen Aufsichtsbehörden durch Landesrecht fest und organisieren das Verwaltungsverfahren. Die Bundesregierung beobachtet, dass das Personal der Aufsichtsbehörden der Länder zunehmend – je nach Land in unterschiedlichem Umfang – Aufgaben ergänzend zum Arbeitsschutz bzw. außerhalb des Arbeitsschutzes wahrnimmt, z. B. Umweltschutz, Immissionsschutz, Marktüberwachung.

Der Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik teilt dazu Folgendes mit:

„Es ist in den letzten 20 Jahren zu einer erheblichen Expansion der Aufgaben der Arbeits(schutz)aufsicht gekommen. Diese Expansion ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen:

- (1) Das Spektrum der Themen, zu denen die Arbeitsschutzaufsicht Beratung und Überwachung durchführt, hat sich deutlich erweitert. So sind beispielsweise
- a. Fragen zur psychischen Belastung bei der Arbeit,
 - b. das Risiko von verbaler oder physischer Gewalt am Arbeitsplatz,
 - c. Gesundheitsrisiken durch Arbeit im Freien oder die Beleuchtung in Innenräumen,
 - d. Sicherheitsrisiken durch den Einsatz von Robotik und
 - e. Gesundheitsrisiken durch Nanopartikel

hinzugekommen, gleichzeitig sind aber die „etablierten“ Arbeitsschutzthemen nach wie vor relevant, wie beispielsweise an der „2. Asbest-Welle“ deutlich wird. Diese größere thematische Vielfalt findet selbstverständlich ihren Niederschlag in den entsprechenden nationalen und europäischen Gesetzen, Verordnungen und technischen Regeln, deren Einhaltung die Arbeits(schutz)aufsicht der Länder überwacht.

- (2) Mit der Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes fand im Arbeitsschutz eine Abkehr von einer ‚grenzwertorientierten‘ hin zu einer ‚schutzzielorientierten‘ Betrachtung statt. Damit ist die faktische Gestaltung der Schutzmaßnahmen weitgehend dem Betrieb überlassen, der sehr frei ist bei der Wahl der Maßnahmen bzw. Vorgehensweisen zur Einhaltung der Schutzziele. Viele – insbesondere kleinere Unternehmen – fühlen sich durch diese Freiräume verunsichert oder überfordert und erwarten in der Folge von den Aufsichtspersonen weiterreichende Unterstützung und Beratung. Außerdem ist mit der Schutzzielorientierung und der daraus abgeleiteten Verpflichtung zur Durchführung einer Gefährdungsbeurteilung durch den Betrieb auch die Wahrnehmung der Aufsicht wesentlich komplexer geworden. War früher nur eine Sichtung der Arbeitsbedingungen an den Arbeitsplätzen („Betriebsrundgang“) erforderlich, kann nunmehr eine Einhaltung der Schutzbestimmungen des Arbeitsschutzgesetzes nur auf der Grundlage einer Prüfung der organisationalen Gegebenheiten im Betrieb („Systemprüfung“) erfolgen.
- (3) Bedingt durch die Gegebenheiten der Flexibilisierung und Globalisierung haben sich vielfach die betrieblichen Strukturen und die Arbeitsverhältnisse deutlich verändert:
- Betriebe diversifizieren sich in ihrer Organisation, durch Outsourcing, Bildung selbstständiger Betriebsteile in unterschiedlichen Rechtsformen etc. Das führt dazu, dass die Prüfung organisationaler Anforderungen, wie sie etwa nach dem ASiG erforderlich ist (Benennung SiFA, Arbeitsschutzausschüsse) ggf. für jeden Teilbetrieb durchzuführen ist.
 - Die Zahl atypischer Arbeitsverhältnisse steigt. Die Beschäftigten in diesen Arbeitsverhältnissen sind erfahrungsgemäß für den Arbeitsschutz besonders schwierig zu erreichen, sei es, weil mehrere Arbeitgeber koordiniert den Arbeitsschutz sicherstellen müssen (Arbeitnehmerüberlassung, Werkverträge), sei es, weil die Beschäftigten nur zu geringen Zeitanteilen in der betrieblichen Arbeitsstätte anzutreffen sind. Die Überwachung der Arbeitsschutzsituation bei wechselnden Einsatzorten, am Arbeitsplatz, zuhause oder an mobilen Arbeitsplätzen, stellt für die Arbeitsaufsicht eine zusätzliche Herausforderung dar.
 - Die Überwachung des Arbeitsschutzes bei Subunternehmern und insbesondere in Subunternehmer-„ketten“, bei denen ausländische Beschäftigte oder Subunternehmer involviert sind, dies ist gerade in den sicherheitskritischen Branchen wie im Baugewerbe, bei Schlachthöfen, in der Abfallwirtschaft häufig der Fall, stellt für den Vollzug des Arbeitsschutzgesetzes und der entsprechenden Vorschriften eine grundsätzliche Herausforderung dar, etwa weil aufwändige Recherchen über den Arbeitgeberstatus etc. erforderlich sind.

Mit der digitalen Transformation gehen weitgehende – und teilweise noch gar nicht absehbare – Veränderungen von betrieblichen Steuerungsprozessen einher. Damit stellt sich etwa ganz grundsätzlich die Frage der Verantwortung der Arbeitgeber für die Sicherheit von Arbeitsmitteln und Anlagen und damit den Schutz der Beschäftigten, wenn etwa die Wartung von Systemen online durch Dritte erfolgt oder Prozesse autonom gesteuert verlaufen.“

5. Wie viele Aufsichtspersonen waren nach Kenntnis der Bundesregierung bei den Arbeitsaufsichten der Länder in den Jahren von 2007 bis 2018 beschäftigt (bitte nach Bundesländern und in Summe darstellen)?

Quelle für die Auswertungen zu den Fragen 5 bis 11 sind die Datenlieferungen der Arbeitsschutzbehörden der Länder, welche diese auf der Grundlage der „Anleitung für die Erstattung der Jahresberichte der Arbeitsschutzbehörden“ erstellen und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales übermitteln. Daten für das Jahr 2018 liegen der Bundesregierung noch nicht vor.

Der Personalstand der Aufsichtsbehörden wird im jährlichen Bericht über Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit (SuGA) auf der Basis der von den Ländern übermittelten Daten in Tabelle TG 2 veröffentlicht.

Tabelle 1: Aufsichtsbeamtinnen/-beamte in den Arbeitsschutzbehörden der Länder gesamt in den Jahren 2007 bis 2017

Bundesland	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Baden-Württemberg	562	563	535	528	579	576	577	512	534	544	535
Bayern	423	393	389	376	384	348	356	325	374	360	332
Berlin	110	109	106	104	95	102	96	105	98	102	102
Brandenburg	154	149	144	139	129	120	111	92	88	78	81
Bremen	37	37	36	38	25	29	37	34	33	32	31
Hamburg	79	72	71	68	62	63	61	66	63	61	60
Hessen	145	147	157	158	132	151	150	243	237	234	229
Mecklenburg-Vorpommern	111	110	96	87	82	79	83	87	86	84	73
Niedersachsen	411	442	421	422	474	472	450	732	630	638	649
Nordrhein-Westfalen	572	487	467	464	451	436	416	466	495	507	519
Rheinland-Pfalz	182	180	177	188	192	186	184	169	169	172	173
Saarland	27	27	24	28	28	25	24	25	29	29	28
Sachsen	188	177	157	152	154	153	151	144	126	124	121
Sachsen-Anhalt	160	159	152	113	108	108	98	104	98	93	86
Schleswig-Holstein	43	37	36	35	30	31	31	52	52	54	53
Thüringen	137	130	133	129	129	127	110	73	73	71	77
Gesamt	3.340	3.218	3.101	3.029	3.053	3.007	2.935	3.229	3.186	3.185	3.151

Quelle: Arbeitsschutzbehörden der Länder, Tabelle 1 „Übersicht Personalressourcen in den Arbeitsschutzbehörden des Landes“ der Jahresberichte

6. Für wie viele Betriebe hatten nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren von 2007 bis 2018 die Arbeitsaufsichten der Länder die Kontrollkompetenz (bitte nach Betriebsgrößen und Bundesländern aufschlüsseln)?

Die erfragten Daten sind der nachfolgenden Tabelle 2 zu entnehmen:

Tabelle 2: Betriebsstätten im Zuständigkeitsbereich der Arbeitsschutzbehörden der Länder nach Größenklassen in den Jahren 2007 bis 2017 (G1 = 1 bis 19 Beschäftigte, G2 = 20 bis 499 Beschäftigte, G3 = 500 und mehr Beschäftigte, GG = Gesamt)

LAND	Gruppe	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Baden-Württemberg	G1	245.757	248.871	254.835	257.311	259.503	246.745	247.115	247.117	252.664	252.719	252.650
	G2	26.628	26.628	28.028	28.028	28.028	28.028	28.028	28.028	28.028	28.028	28.028
	G3	704	704	751	751	751	751	751	751	751	751	751
	GG	273.089	276.203	283.614	286.090	288.282	275.524	275.894	275.896	281.443	281.498	281.429
Bayern	G1	367.242	372.022	377.169	381.199	385.111	387.171	391.177	398.994	404.097	404.955	414.612
	G2	37.004	37.520	38.058	38.558	39.346	39.925	40.399	41.031	41.680	42.068	42.578
	G3	914	917	929	935	968	977	981	1.007	1.023	1.033	1.050
	GG	405.160	410.459	416.156	420.692	425.425	428.073	432.557	441.032	446.800	448.056	458.240
Berlin	G1	73.754	73.785	75.198	75.198	71.076	79.833	81.646	82.861	84.203	86.023	87.227
	G2	4.558	4.446	7.086	7.086	7.680	7.964	8.223	8.512	8.927	9.370	9.861
	G3	239	237	238	238	258	255	267	274	283	285	289
	GG	78.551	78.468	82.522	82.522	79.014	88.052	90.136	91.647	93.413	95.678	97.377
Brandenburg	G1	61.144	61.107	60.360	59.405	59.337	58.965	58.211	57.593	57.479	57.547	57.529
	G2	7.478	7.246	7.096	6.996	7.016	7.126	7.231	7.260	7.270	7.358	7.446
	G3	93	87	90	87	88	90	93	93	94	99	99
	GG	68.715	68.440	67.546	66.488	66.441	66.181	65.535	64.946	64.843	65.004	65.074
Bremen	G1	12.931	13.199	13.199	13.199	13.199	13.766	16.430	13.739	13.739	16.706	16.821
	G2	1.953	2.128	2.128	2.128	2.128	2.270	2.756	2.341	2.342	2.808	2.857
	G3	51	48	48	48	48	52	78	59	59	77	76
	GG	14.935	15.375	15.375	15.375	15.375	16.088	19.264	16.139	16.140	19.591	19.754
Hamburg	G1	45.992	46.511	47.202	47.725	21.558	22.282	23.460	24.365	25.633	33.611	34.393
	G2	6.755	6.810	6.978	7.115	6.542	6.747	6.947	7.408	7.669	7.695	7.799
	G3	186	186	185	192	188	192	206	253	256	228	219
	GG	52.933	53.507	54.365	55.032	28.288	29.221	30.613	32.026	33.558	41.534	42.411
Hessen	G1	220.533	234.680	243.337	205.797	244.063	272.623	249.049	249.271	251.414	254.304	255.825
	G2	16.481	16.745	21.735	18.240	21.936	17.462	17.514	17.573	17.804	18.019	18.286
	G3	500	502	502	430	533	536	534	543	244	559	563
	GG	237.514	251.927	265.574	224.467	266.532	290.621	267.097	267.387	269.462	272.882	274.674
Mecklenburg-Vorpommern	G1	58.423	58.273	58.037	58.154	58.439	58.236	58.483	58.808	58.979	59.063	59.046
	G2	6.063	6.074	6.066	6.104	6.117	6.109	6.119	6.122	6.091	6.094	6.107
	G3	60	63	64	66	67	67	67	66	70	73	82
	GG	64.546	64.410	64.167	64.324	64.623	64.412	64.669	64.996	65.140	65.230	65.235
Niedersachsen	G1	156.912	156.912	161.727	161.727	161.727	161.727	173.152	173.152	173.152	173.765	174.064
	G2	17.957	17.957	19.098	19.098	19.098	19.098	21.741	21.741	21.741	23.374	24.119
	G3	351	351	367	367	367	367	418	418	418	459	469
	GG	175.220	175.220	181.192	181.192	181.192	181.192	195.311	195.311	195.311	197.598	198.652
Nordrhein-Westfalen	G1					352.628	353.245	349.104	348.468			
	G2					43.698	44.432	45.009	46.081			
	G3					1.114	1.126	1.121	1.204			
	GG	390.916	393.725	394.402	396.344	397.440	398.803	395.234	395.753	398.960	405.524	407.967
Rheinland-Pfalz	G1	171.808	173.020	174.339	176.592	179.548	180.581	181.504	182.540	182.557	182.161	181.309
	G2	9.725	9.958	10.116	10.331	10.331	10.650	10.741	10.845	11.000	11.260	11.341
	G3	182	186	185	188	185	194	195	198	205	197	198
	GG	181.715	183.164	184.640	187.111	190.064	191.425	192.440	193.583	193.762	193.618	192.848
Saarland	G1	19.974	23.419	24.091	24.431	24.513	25.724	26.176	26.697	27.423	28.079	28.559
	G2	1.903	1.917	2.405	2.549	2.555	2.520	2.547	2.577	2.611	2.667	2.701
	G3	81	81	82	79	78	77	77	79	80	82	79
	GG	21.958	25.417	26.578	27.059	27.146	28.321	28.800	29.353	30.114	30.828	31.339
Sachsen	G1	94.472	98.516	92.449	94.510	96.458	97.985	101.441	101.145	100.276	99.608	99.109
	G2	14.064	14.441	14.628	14.868	15.074	15.253	12.831	13.100	13.249	13.478	13.743
	G3	210	218	205	215	221	226	203	213	218	222	228
	GG	108.746	113.175	107.282	109.593	111.753	113.464	114.475	114.458	113.743	113.308	113.080
Sachsen-Anhalt	G1	67.311	66.649	66.409	65.258	65.000	64.689	64.261	64.036	63.771	64.869	62.078
	G2	7.815	7.788	7.819	7.798	7.840	7.904	7.931	8.011	8.002	8.158	7.925
	G3	95	95	95	103	102	102	102	103	101	104	101
	GG	75.221	74.532	74.323	73.159	72.942	72.695	72.294	72.150	71.874	73.131	70.104
Schleswig-Holstein	G1	66.217	67.558	67.958	68.283	68.791	68.791	69.440	69.451	69.767	69.864	70.332
	G2	6.820	7.181	7.185	7.310	7.542	7.542	7.800	7.953	8.228	8.483	8.768
	G3											
	GG	73.037	74.739	75.143	75.593	76.333	76.333	77.240	77.404	77.995	78.347	79.100
Thüringen	G1	46.800	47.862	48.654	49.279	49.841	50.234	50.679	51.075	51.789	52.472	54.590
	G2	7.670	7.780	7.933	8.161	8.314	8.366	8.403	8.390	8.455	8.518	8.549
	G3	124	125	126	131	137	132	133	135	136	137	138
	GG	54.594	55.767	56.713	57.571	58.292	58.732	59.215	59.600	60.380	61.127	63.277
Gesamt	G1	1.709.270	1.742.384	1.764.964	1.738.068	2.110.792	2.142.597	2.141.328	2.149.312	1.816.943	1.835.746	1.848.144
	G2	172.874	174.619	186.359	184.370	233.245	231.396	234.220	236.973	193.097	197.378	200.108
	G3	3.790	3.800	3.867	3.830	5.105	5.144	5.226	5.396	3.938	4.306	4.342
	GG	2.276.850	2.314.528	2.349.592	2.322.612	2.349.142	2.379.137	2.380.774	2.391.681	2.412.938	2.442.954	2.460.561

Quelle: Arbeitsschutzbehörden der Länder, Tabelle 2 „Betriebsstätten und Beschäftigte im Zuständigkeitsbereich“ (Spalte 1) der Jahresberichte (in den Jahren 2007 – 2010 und 2015 – 2017 ohne NRW bei den Größenklassen G1- G3, Schleswig-Holstein keine Differenzierung Größenklasse G2/G3),

7. Auf wie viele Beschäftigte erstreckte sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2007 bis 2018 die Kontrollkompetenz der Arbeitsaufsichten der Länder (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die erfragten Daten sind der nachfolgenden Tabelle 3 zu entnehmen:

Tabelle 3: Beschäftigte im Zuständigkeitsbereich der Arbeitsschutzbehörden der Länder in den Jahren 2007 bis 2017

LAND	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Baden-Württemberg	3.666.914	3.666.914	3.821.870	3.821.870	3.776.526	3.821.870	3.821.870	3.821.870	3.821.870	3.821.870	3.821.870
Bayern	4.845.373	4.907.590	4.973.099	5.026.744	5.104.962	5.186.398	5.231.630	5.277.515	5.341.683	5.354.964	5.400.768
Berlin	k.A.	k.A.	1.081.660	1.081.660	1.151.344	1.190.273	1.220.774	1.269.147	1.311.079	1.365.639	1.426.462
Brandenburg	806.348	784.172	770.597	760.504	767.070	772.250	778.730	781.125	783.675	792.310	803.288
Bremen	264.770	279.379	279.379	279.379	279.379	296.579	354.176	306.414	306.414	354.476	354.476
Hamburg	848.057	845.317	854.728	877.208	527.073	529.704	812.513	905.988	1.821.010	886.363	903.600
Hessen	2.833.035	2.545.283	2.585.240	2.602.561	2.611.920	2.664.668	2.659.694	2.679.621	2.701.959	2.748.657	2.761.685
Mecklenburg-Vorpommern	652.021	655.399	655.797	657.937	659.684	657.176	656.827	654.741	652.607	649.881	658.992
Niedersachsen	2.245.170	2.245.170	2.346.589	2.346.589	2.346.589	2.346.589	2.880.991	2.880.991	2.880.991	2.820.257	2.894.119
Nordrhein-Westfalen	5.517.479	5.704.574	6.012.140	6.012.140	6.012.140	6.012.140	5.702.941	5.760.095	5.815.417	6.006.277	6.063.532
Rheinland-Pfalz	1.371.191	1.374.333	1.403.915	1.422.103	1.443.669	1.456.415	1.466.080	1.474.103	1.533.003	1.547.442	1.552.145
Saarland	305.250	308.629	309.210	308.824	309.939	312.826	315.124	318.807	326.154	331.106	331.829
Sachsen	1.515.940	1.563.494	1.565.183	1.596.372	1.624.155	1.641.263	1.465.448	1.511.499	1.529.978	1.553.509	1.580.184
Sachsen-Anhalt	856.499	854.954	858.219	861.783	863.074	865.406	867.149	870.682	870.192	890.613	868.051
Schleswig-Holstein	780.220	813.047	815.153	824.505	842.006	842.006	857.442	887.300	914.451	939.248	964.957
Thüringen	826.867	839.912	849.607	869.598	885.155	890.355	894.684	893.366	901.279	904.807	915.268
Gesamt	27.335.134	27.388.167	29.182.386	29.349.777	29.204.685	29.485.918	29.986.073	30.293.264	31.511.762	30.967.419	31.301.226

Quelle: Arbeitsschutzbehörden der Länder, Tabelle 2 „Betriebsstätten und Beschäftigte im Zuständigkeitsbereich“ (Spalte 8) der Jahresberichte (in den Jahren 2007 und 2008 ohne Berlin), k. A. = keine Angabe

8. Wie viele Betriebsbesichtigungen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren von 2007 bis 2018 durch die Arbeitsaufsichten der Länder durchgeführt (bitte nach Bundesländern und Branchen aufschlüsseln sowie in Summe darstellen)?

Dienstgeschäfte der Arbeitsschutzbehörden der Länder werden im SuGA auf der Basis der von den Ländern übermittelten Daten in Tabelle TG 1 (Bezeichnung Besichtigungen) veröffentlicht. Die Dienstgeschäfte der Arbeitsschutzbehörden der Länder finden regel-mäßig innerhalb und außerhalb von Betriebsstätten (z. B. Baustellenbesichtigungen) statt.

Tabelle 4: Dienstgeschäfte der Arbeitsschutzbehörden der Länder in den Jahren 2007 bis 2017 (einschließlich Besichtigungen von Baustellen, überwachungsbedürftige Anlagen außerhalb von Betrieben u. ä.)

LAND	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Baden-Württemberg	41.152	39.231	36.652	34.631	34.669	31.517	27.936	28.513	25.539	22.878	18.658
Bayern	79.944	70.799	70.764	67.473	66.007	59.558	50.053	47.807	41.267	41.082	37.633
Berlin	8.501	7.971	8.330	9.368	9.835	8.618	8.583	6.585	5.175	4.663	4.469
Brandenburg	18.080	15.971	15.262	12.195	11.246	10.615	9.251	7.537	6.850	6.840	6.043
Bremen	2.485	2.259	1.704	1.785	1.893	2.063	2.111	1.869	1.721	1.546	1.816
Hamburg	5.172	5.125	4.441	4.679	4.384	4.157	4.223	3.109	3.122	3.260	2.757
Hessen	21.907	21.683	18.805	18.406	17.435	17.446	16.631	14.548	11.702	12.363	13.002
Mecklenburg-Vorpommern	24.267	20.672	17.007	16.571	21.649	20.249	20.245	18.728	18.868	16.728	16.408
Niedersachsen	23.984	22.171	20.775	22.207	22.306	15.615	20.501	14.242	13.183	12.909	11.057
Nordrhein-Westfalen	38.229	48.623	49.473	45.104	45.810	40.645	38.379	38.667	38.948	38.921	35.954
Rheinland-Pfalz	26.746	26.844	25.819	24.653	23.235	19.804	15.379	11.199	15.379	16.469	14.354
Saarland	3.736	3.579	3.317	3.409	3.007	3.021	2.071	1.540	1.385	1.206	1.294
Sachsen	21.343	19.061	15.960	14.162	13.909	12.042	10.408	9.149	8.071	7.560	6.835
Sachsen-Anhalt	17.271	15.078	13.433	12.712	12.402	11.550	9.545	9.286	8.249	7.725	6.425
Schleswig-Holstein	6.816	5.501	6.561	5.822	3.701	4.440	3.039	3.129	2.760	2.390	2.288
Thüringen	7.607	7.631	7.006	7.076	6.429	5.668	4.148	4.632	3.978	4.024	3.511
Gesamt	347.240	332.199	315.309	300.253	297.917	267.008	242.503	220.540	206.197	200.564	182.504

Quelle: Arbeitsschutzbehörden der Länder, Tabelle 3.1 „Dienstgeschäfte in Betriebsstätten“ (Spalte 12) und Tabelle 3.2 „Dienstgeschäfte außerhalb von Betriebsstätten (Spalte 1) der Jahresberichte

Tabelle 5: Dienstgeschäfte der Arbeitsschutzbehörden der Länder nach Leitbranchen in den Jahren 2007 bis 2017 (ohne Baustellen, überwachungsbedürftige Anlagen außerhalb von Betrieben u. ä.)

Leitbranche	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
unbekannt	30		337	94	80	59	48	22	19	15	17
Chemische Betriebe	7.010	6.209	5.794	5.880	5.312	4.796	4.453	4.486	4.045	4.271	4.485
Metallverarbeitung	9.334	8.207	7.293	7.743	7.221	6.763	6.490	5.707	5.178	4.958	4.654
Bau, Steine, Erden	12.939	11.227	10.621	10.795	10.629	9.642	9.030	7.964	6.803	6.355	5.750
Entsorgung, Recycling	4.748	4.657	4.628	4.450	4.666	3.945	4.280	3.365	3.260	3.152	2.734
Hochschulen, Gesundheitswesen	22.165	21.264	20.670	19.373	18.860	17.351	15.798	15.445	16.222	17.015	15.952
Leder, Textil	2.367	2.023	1.780	1.923	1.648	1.664	1.566	1.583	1.284	1.107	941
Elektrotechnik	2.104	2.306	2.352	2.365	2.265	2.046	1.826	1.695	1.469	1.519	1.326
Holzbe- und -verarbeitung	5.091	4.255	3.816	4.010	3.725	3.519	3.091	3.088	2.686	2.593	2.283
Metallerzeugung	1.664	1.475	1.218	1.363	1.253	1.102	1.169	1.161	1.145	1.052	1.000
Fahrzeugbau	2.024	1.914	1.610	1.826	1.739	1.566	1.529	1.412	1.473	1.425	1.369
Kraftfahrzeugreparatur, -handel, Tankstellen	14.579	11.899	11.040	11.357	10.657	10.624	10.054	8.304	6.467	6.656	5.811
Nahrungs- und Genussmittel	14.519	12.234	10.232	10.235	9.406	8.416	7.465	6.832	6.490	6.124	5.428
Handel	42.004	40.591	39.118	34.875	36.268	31.812	26.747	22.888	18.473	19.913	16.775
Kredit-, Versicherungsgewerbe	2.146	2.170	2.033	2.076	2.071	1.926	2.280	1.616	1.693	1.821	1.748
Datenverarbeitung, Fernmeldedienste	526	503	540	589	524	508	474	439	387	373	394
Gaststätten, Beherbergung	14.521	9.378	8.182	8.235	7.853	7.308	5.992	5.792	5.364	4.722	4.196
Dienstleistungen	7.987	7.123	7.921	8.719	8.751	7.190	7.339	6.806	6.686	6.276	5.850
Verwaltung	8.373	9.051	7.576	6.532	7.676	6.484	4.884	4.730	4.336	4.200	5.963
Herstellung von Zellstoff, Papier und Pappe	815	754	696	694	585	528	471	477	469	455	335
Verkehr	14.289	13.448	11.776	12.811	12.495	11.693	10.261	9.873	8.931	8.025	6.984
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigungen	2.137	1.875	1.887	1.909	1.700	1.471	1.383	1.411	1.004	1.017	896
Versorgung	1.635	1.429	1.598	1.814	1.739	1.708	2.063	1.560	1.345	1.340	1.373
Feinmechanik	2.871	2.658	2.799	2.516	2.435	2.308	2.364	2.148	1.705	1.765	1.646
Maschinenbau	5.618	4.909	3.831	4.539	3.964	3.867	3.488	3.321	3.085	2.997	2.677
Gesamt	201.496	181.559	169.348	166.723	163.522	148.296	134.545	122.125	110.019	109.146	100.587

Quelle: Arbeitsschutzbehörden der Länder, Tabelle 3.1 „Dienstgeschäfte in Betriebsstätten“ (Spalte 12) (ohne Rheinland-Pfalz) der Jahresberichte

9. Wie viele Beanstandungen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung durch die Arbeitsaufsichten der Länder in den Jahren von 2007 bis 2018 festgestellt (bitte nach Bundesländern und Branchen aufschlüsseln sowie in Summe darstellen)?

Beanstandungen der Aufsichtsbehörden der Länder (in den Sachgebieten Technischer Arbeitsschutz, Unfallverhütung und Gesundheitsschutz, Technischer Arbeits- und Verbraucherschutz, Sozialer Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Arbeitsschutz in der Seeschifffahrt) werden im SuGA auf der Basis der von den Ländern übermittelten Daten in Tabelle TG 3 (Spalte 3) veröffentlicht (ohne Baden-Württemberg). In Baden-Württemberg werden Beanstandungen nicht erfasst/übermittelt.

Tabelle 6: Beanstandungen der Arbeitsschutzbehörden der Länder gesamt in den Jahren 2007 bis 2017 (einschließlich Besichtigungen von Baustellen, überwachungsbedürftige Anlagen außerhalb von Betrieben u. ä.)

LAND	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Bayern	252.784	215.337	210.906	194.124	205.486	181.017	158.015	147.863	149.402	136.919	120.186
Berlin	23.666	24.073	18.264	14.890	14.317	10.692	9.935	9.350	8.621	6.714	7.115
Brandenburg	33.984	30.498	33.188	23.133	23.700	21.171	23.481	19.809	19.567	17.487	16.082
Bremen	2.481	2.559	1.915	2.442	2.841	2.306	2.394	2.164	2.099	1.489	2.442
Hamburg	3.797	3.551	2.919	3.431	3.591	3.123	4.124	3.787	3.712	3.613	3.651
Hessen	46.193	38.644	37.735	43.124	39.268	39.077	37.852	35.240	33.132	42.431	30.992
Mecklenburg-Vorpommern	16.798	13.836	10.830	11.152	9.704	9.552	9.128	9.107	9.761	7.898	5.789
Niedersachsen	28.016	29.749	29.628	27.196	26.734	20.488	21.852	21.836	21.801	23.182	20.807
Nordrhein-Westfalen	114.121	108.196	103.514	70.783	71.236	64.853	60.578	72.949	81.081	93.648	85.660
Rheinland-Pfalz	34.965	33.090	28.404	31.311	27.836	23.984	19.281	17.262	19.281	18.662	16.934
Saarland	15.990	16.979	16.508	15.556	13.732	10.479	8.826	6.874	4.547	2.526	3.106
Sachsen	46.265	39.469	31.225	28.904	34.566	28.964	28.557	28.009	24.513	18.448	15.635
Sachsen-Anhalt	33.196	27.411	24.047	23.160	22.818	21.519	18.321	19.888	19.415	15.703	14.048
Schleswig-Holstein	16.536	12.540	14.679	12.789	8.191	7.277	4.738	5.308	4.000	2.897	2.597
Thüringen	25.871	17.830	15.261	17.817	17.063	14.542	10.407	10.256	9.170	8.575	6.771
Gesamt	694.663	613.762	579.023	519.812	521.083	459.044	417.489	409.702	410.102	400.192	351.815

Quelle: Arbeitsschutzbehörden der Länder (außer Baden-Württemberg), Tabelle 4 „Produktorientierte Darstellung der Tätigkeiten“ (Spalte 12) der Jahresberichte

Tabelle 7: Beanstandungen der Arbeitsschutzbehörden der Länder nach Leitbranchen in den Jahren 2007 bis 2017 (ohne Baustellen, überwachungsbedürftige Anlagen außerhalb von Betrieben u. ä.)

Leitbranche	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
unbekannt	131										
Chemische Betriebe	10.808	8.386	8.019	7.463	7.484	6.663	5.503	5.752	5.596	6.190	6.999
Metallverarbeitung	20.003	14.410	12.947	13.232	12.856	11.931	10.761	9.467	9.482	9.454	9.500
Bau, Steine, Erden	24.075	18.554	19.682	17.486	16.699	14.294	13.655	11.597	11.035	10.260	8.743
Entsorgung, Recycling	5.647	5.926	5.651	5.468	5.935	5.961	4.850	4.265	3.697	3.765	3.037
Hochschulen, Gesundheitswesen	32.551	31.509	31.872	26.015	26.292	23.799	20.393	21.842	29.557	25.435	21.437
Leder, Textil	3.036	2.361	2.183	2.209	1.798	1.625	1.705	1.880	1.545	1.480	1.013
Elektrotechnik	2.917	2.870	3.491	3.202	2.813	2.662	2.451	2.230	2.275	2.464	2.439
Holzbe- und -verarbeitung	10.015	7.493	7.065	7.672	7.115	7.422	5.967	6.983	6.579	5.803	4.684
Metallerzeugung	2.709	2.470	2.134	1.884	1.772	1.524	1.584	1.891	2.078	1.577	1.652
Fahrzeugbau	3.136	2.594	2.166	1.879	1.852	1.708	1.830	2.017	2.076	2.034	1.882
Kraftfahrzeugreparatur, -handel, Tankstellen	24.590	18.004	18.781	16.516	14.605	14.332	13.932	12.938	11.321	11.311	10.087
Nahrungs- und Genussmittel	26.964	20.681	16.739	17.772	15.954	13.824	12.287	12.551	12.596	11.410	9.748
Handel	43.736	41.722	48.646	34.079	34.727	30.115	23.278	23.305	22.610	27.007	21.432
Kredit-, Versicherungsgewerbe	2.237	2.471	1.954	1.705	1.830	2.105	2.398	1.611	1.759	1.698	1.560
Datenverarbeitung, Fernmeldedienste	455	347	476	504	515	653	584	640	564	540	822
Gaststätten, Beherbergung	36.425	17.437	15.017	13.976	13.182	13.354	11.483	12.089	11.818	10.331	8.879
Dienstleistungen	10.939	10.543	11.263	10.851	10.554	9.765	9.416	8.769	9.952	8.231	7.912
Verwaltung	7.140	9.187	7.095	4.676	3.726	3.813	2.960	2.951	3.413	3.703	9.309
Herstellung von Zellstoff, Papier und Pappe	850	1.313	789	813	715	576	638	594	491	591	362
Verkehr	49.111	45.410	41.450	43.198	35.187	27.299	32.910	23.693	21.617	25.656	15.662
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigungen	3.227	2.956	2.802	3.209	2.908	2.715	2.009	2.207	1.626	2.161	1.758
Versorgung	1.632	1.532	1.876	1.898	1.613	1.663	1.833	1.452	1.467	1.449	1.488
Feinmechanik	3.603	3.573	4.452	3.771	3.448	3.542	3.421	3.512	2.845	3.141	2.786
Maschinenbau	10.081	7.631	5.761	6.705	5.691	5.864	5.271	5.069	4.902	4.987	5.090
Gesamt	336.018	279.380	272.311	246.183	229.271	207.209	191.119	179.305	180.901	180.678	158.281

Quelle: Arbeitsschutzbehörden der Länder, Tabelle 3.1 „Dienstgeschäfte in Betriebsstätten“ (Spalte 21) (ohne Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg) der Jahresberichte

10. Wie viele Anordnungen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung durch die Arbeitsschutzaufsichten der Länder in den Jahren von 2007 bis 2018 erlassen (bitte nach Bundesländern und Branchen aufschlüsseln sowie in Summe darstellen)?

Die Anordnungen der Arbeitsschutzbehörden der Länder (in den Sachgebieten Technischer Arbeitsschutz, Unfallverhütung und Gesundheitsschutz sowie Arbeitsschutz in der Seeschifffahrt) werden im SuGA auf der Basis der von den Ländern übermittelten Daten in Tabelle TG 4 (Spalte 3) veröffentlicht.

Tabelle 8: Anordnungen der Arbeitsschutzbehörden der Länder in den Jahren 2007 bis 2017 (einschließlich Berücksichtigungen von Baustellen, überwachungsbedürftige Anlagen außerhalb von Betrieben u. ä.)

LAND	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Baden-Württemberg	124	138	134	145	210	123	165	138	149	122	134
Bayern	4.695	6.161	5.872	6.291	6.963	6.593	6.512	4.709	4.355	5.145	5.281
Berlin	307	202	192	137	158	187	86	117	94	134	33
Brandenburg	497	520	593	531	572	728	672	679	620	862	782
Bremen	75	52	76	36	43	33	55	55	59	45	67
Hamburg	45	38	56	81	54	60	101	105	121	106	173
Hessen	79	82	91	116	88	124	181	215	228	380	266
Mecklenburg-Vorpommern	303	368	297	312	380	380	376	326	333	215	310
Niedersachsen	784	958	848	950	930	839	782	1.107	1.123	1.112	1.104
Nordrhein-Westfalen	1.237	2.149	2.021	1.893	3.130	4.426	4.562	3.605	415	278	244
Rheinland-Pfalz	354	288	226	192	218	169	163	127	197	94	136
Saarland	12	10	0	12	7	36	57	38	55	44	48
Sachsen	1.255	1.038	1.014	902	1.004	760	714	692	745	758	431
Sachsen-Anhalt	185	111	138	98	88	94	111	79	82	129	126
Schleswig-Holstein	18	53	38	30	4	16	37	60	61	42	37
Thüringen	134	525	117	184	142	127	89	234	213	222	220
Gesamt	10.104	12.693	11.713	11.910	13.991	14.695	14.663	12.286	8.850	9.688	9.392

Quelle: Arbeitsschutzbehörden der Länder, Tabelle 4 „Produktorientierte Darstellung der Tätigkeiten“ (Spalte 16, Abschnitt 1: Technischer Arbeitsschutz, Unfallverhütung und Gesundheitsschutz) der Jahresberichte

Tabelle 9: Anordnungen der Arbeitsschutzbehörden der Länder nach Leitbranchen in den Jahren 2007 bis 2017 (ohne Baustellen, überwachungsbedürftige Anlagen außerhalb von Betrieben u. ä.)

Leitbranche	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
unbekannt	0		0	1	0	0	0	0	0	0	0
Chemische Betriebe	117	66	115	125	75	86	69	68	115	166	153
Metallverarbeitung	102	85	94	88	109	92	94	90	88	111	109
Bau, Steine, Erden	668	622	664	690	729	717	797	779	852	816	898
Entsorgung, Recycling	77	50	49	91	79	63	143	79	81	103	40
Hochschulen, Gesundheitswesen	373	687	315	466	437	226	246	211	248	207	220
Leder, Textil	37	16	16	21	23	11	26	17	18	16	16
Elektrotechnik	12	14	10	24	44	21	21	21	32	16	23
Holzbe- und -verarbeitung	42	55	38	32	27	33	44	42	34	49	45
Metallerzeugung	29	18	21	10	15	11	15	20	14	20	24
Fahrzeugbau	38	45	31	25	12	10	18	15	16	29	29
Kraftfahrzeugreparatur, -handel, Tankstellen	88	145	104	89	82	110	118	110	87	81	66
Nahrungs- und Genussmittel	508	443	170	201	125	163	173	147	172	163	115
Handel	419	262	446	356	298	260	287	352	297	254	280
Kredit-, Versicherungsgewerbe	18	23	11	44	34	32	50	48	61	79	68
Datenverarbeitung, Fernmeldedienste	1	0	3	4	5	4	7	4	5	5	5
Gaststätten, Beherbergung	113	104	81	109	101	120	112	154	136	111	105
Dienstleistungen	83	78	97	119	95	99	139	140	210	177	112
Verwaltung	112	124	75	33	59	43	26	92	87	65	82
Herstellung von Zellstoff, Papier und Pappe	10	8	4	13	14	5	2	9	5	8	1
Verkehr	667	749	1.024	1.173	1.084	1.043	960	991	1.085	691	592
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigungen	20	9	14	28	16	13	17	23	27	22	16
Versorgung	12	19	11	24	33	16	24	13	19	38	18
Feinmechanik	25	19	24	29	26	37	31	40	51	30	21
Maschinenbau	32	42	35	43	33	31	20	40	40	23	29
Gesamt	3.603	3.683	3.452	3.838	3.555	3.246	3.439	3.505	3.780	3.280	3.067

Quelle: Arbeitsschutzbehörden der Länder, Tabelle 3.1 „Dienstgeschäfte in Betriebsstätten“ (Spalte 25) der Jahresberichte (ohne Rheinland-Pfalz)

11. Wie lange dauert es nach Kenntnis der Bundesregierung durchschnittlich, bis ein Betrieb nach einer Arbeitsschutzkontrolle erneut durch die Arbeitsaufsichten der Länder kontrolliert wird (bitte nach Bundesländern und Branchen darstellen)?

Bei den in die Berechnung eingegangenen Angaben zu den Betriebsstätten (Tabelle 2 der Jahresberichte der Länder) kann es sich länderspezifisch um Daten der Überwachungsbehörde oder um Fremddaten (z. B. Arbeitsverwaltung, Statistische Landesämter) handeln. Einige Länder stellen die Daten auf der Basis von Unternehmensregistern zusammen. Unternehmen sind keine Betriebsstätten; sie können mehrere Betriebsstätten besitzen. Die Dienstgeschäfte der Arbeitsschutzbehörden der Länder finden regelmäßig innerhalb und außerhalb von Betriebsstätten statt (z. B. Baustellenbesichtigungen). Eingegangen in die nachfolgenden Berechnungen sind nur Dienstgeschäfte in Betriebsstätten. Dabei sind Mehrfachbesichtigungen erfasst, d. h. die Anzahl der Dienstgeschäfte in Betrieben ist höher als die Anzahl der aufgesuchten Betriebe.

Tabelle 10: Durchschnittlicher Abstand zwischen zwei Dienstgeschäften in Betriebsstätten (ohne Besichtigungen von Baustellen, überwachungsbedürftige Anlagen außerhalb von Betrieben u. ä.) in Jahren

LAND	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Baden-Württemberg	10,7	11,3	12,5	13,9	14,4	15,2	17,5	17,5	21,7	22,7	26,1
Bayern	8,5	10,3	10,1	10,6	11,3	12,7	15,4	16,1	19,9	19,0	20,4
Berlin	16,4	17,6	18,2	14,4	12,9	17,6	19,3	22,6	26,7	28,4	31,8
Brandenburg	5,1	5,8	5,9	7,3	7,9	8,3	9,6	12,3	13,5	14,0	15,3
Bremen	7,9	8,1	11,6	11,3	10,8	10,0	12,3	11,3	12,1	16,8	13,8
Hamburg	14,3	15,6	18,9	18,1	10,5	11,0	10,7	14,1	14,8	17,3	22,1
Hessen	18,6	20,8	22,8	20,5	26,3	29,0	28,0	34,2	39,7	41,1	42,2
Mecklenburg-Vorpommern	4,3	4,6	5,6	6,1	4,6	5,0	5,6	6,0	5,5	5,6	5,5
Niedersachsen	9,7	10,8	11,9	10,7	10,2	15,1	11,4	18,1	20,8	20,7	24,2
Nordrhein-Westfalen	20,1	20,2	25,4	20,4	19,7	20,1	22,1	20,7	20,5	20,6	22,4
Rheinland-Pfalz	12,3	12,0	13,0	12,3	13,6	15,9	22,8	37,8	23,0	19,0	22,2
Saarland	6,5	8,9	10,7	10,5	11,3	12,1	18,7	26,7	27,0	33,5	35,5
Sachsen	9,0	10,5	12,1	13,9	15,3	17,5	19,9	23,2	28,3	30,3	33,0
Sachsen-Anhalt	6,4	7,9	8,4	8,6	8,8	9,2	11,7	12,4	13,6	14,8	18,6
Schleswig-Holstein	11,4	14,7	12,2	14,1	26,5	20,1	29,6	29,8	35,9	42,5	47,1
Thüringen	10,4	10,0	11,0	11,1	13,6	14,9	22,5	20,3	23,6	23,8	28,3
Gesamt	10,5	11,8	12,8	12,8	13,2	14,8	16,7	18,8	20,4	20,5	22,5

Quelle: Arbeitsschutzbehörden der Länder, eigene Berechnungen, Tabelle 2 „Betriebsstätten und Beschäftigte im Zuständigkeitsbereich“ (Spalte 1), Tabelle 3.1 „Dienstgeschäfte in Betriebsstätten“ (Spalte 12) der Jahresberichte

Tabelle 11: Durchschnittlicher Abstand zwischen zwei Dienstgeschäften in Betriebsstätten nach Leitbranchen (ohne Baustellen, überwachungsbedürftige Anlagen außerhalb von Betrieben u. ä.) in Jahren

Leitbranche	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Chemische Betriebe	2,2	2,3	2,7	2,7	3,0	3,5	3,7	3,7	4,1	4,0	3,7
Metallverarbeitung	4,2	4,8	5,4	5,4	5,9	6,8	6,9	7,6	8,5	8,9	9,2
Bau, Steine, Erden	14,5	16,9	19,5	19,5	19,5	21,5	22,8	26,5	32,1	33,4	38,0
Entsorgung, Recycling	2,7	2,7	2,9	3,3	3,2	4,2	3,8	4,9	5,1	6,0	7,1
Hochschulen, Gesundheitswesen	9,6	10,5	10,7	12,2	12,6	14,5	15,6	16,1	15,6	14,2	15,0
Leder, Textil	7,6	9,4	12,2	11,7	13,3	12,2	12,3	12,1	14,8	17,3	19,6
Elektrotechnik	5,5	5,5	6,4	6,5	7,0	8,6	9,5	10,3	11,7	10,9	12,5
Holzbe- und -verarbeitung	6,3	7,4	7,6	7,5	8,0	8,8	10,0	10,0	11,7	11,9	13,3
Metallerzeugung	1,6	1,8	2,4	2,4	2,7	3,5	3,3	3,3	3,4	3,6	3,6
Fahrzeugbau	2,0	2,3	2,6	2,3	2,3	3,4	3,4	3,8	3,6	3,7	3,8
Kraftfahrzeugreparatur, -handel, Tankstellen	5,2	6,6	7,5	7,3	7,6	8,0	8,4	10,2	13,3	13,3	15,3
Nahrungs- und Genussmittel	5,9	7,1	8,3	8,9	9,2	11,8	12,7	13,4	14,0	14,2	15,8
Handel	9,9	10,7	11,0	12,7	11,9	13,3	15,8	18,1	23,1	21,5	25,2
Kredit-, Versicherungsgewerbe	41,4	40,9	43,3	49,5	48,8	54,3	41,6	67,1	66,6	58,9	62,0
Datenverarbeitung, Fernmeldedienste	32,4	34,2	37,3	36,2	42,7	40,0	43,3	50,3	61,7	57,3	57,0
Gaststätten, Beherbergung	10,8	17,4	20,9	23,0	22,7	26,6	32,4	32,8	34,6	39,1	43,1
Dienstleistungen	24,7	28,3	29,2	26,5	27,2	32,3	30,6	33,0	35,1	34,7	37,4
Verwaltung	8,7	8,7	9,2	10,7	8,6	11,2	15,1	14,7	16,9	16,0	10,7
Herstellung von Zellstoff, Papier und Pappe	2,5	2,8	2,7	3,2	3,6	4,1	4,5	4,4	4,5	4,4	6,0
Verkehr	7,8	8,9	10,4	9,9	10,0	10,7	12,2	12,9	14,8	16,3	19,0
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigungen	8,3	10,0	11,8	11,6	12,5	15,2	16,0	15,8	22,9	22,8	25,5
Versorgung	7,4	7,0	6,9	6,2	6,9	8,0	6,6	8,7	10,8	13,2	13,3
Feinmechanik	8,5	9,6	9,6	10,5	10,6	10,7	10,9	12,4	14,9	15,0	16,3
Maschinenbau	3,6	4,0	4,8	4,3	4,8	5,3	5,9	6,1	6,6	6,8	7,5
Durchschnitt	9,1	10,4	11,5	12,2	12,2	13,7	15,0	16,5	18,8	18,6	20,0

Quelle: Arbeitsschutzbehörden der Länder, eigene Berechnungen, Tabelle 3.1 „Dienstgeschäfte in Betriebsstätten“ (4 und 12) der Jahresberichte (ohne Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Berlin, 2007 – 2011 ohne NRW, 2016 – 2017 ohne Niedersachsen)

12. Wie viele Aufsichtspersonen waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren von 2007 bis 2018 mit Kontrollen zur Einhaltung des Mutterschutzgesetzes (MuSchG) beschäftigt (bitte nach Bundesländern und in Summe darstellen)?

In den meisten Ländern (BB, BE, BY, HB, HE, MV, NI, SH, SN, ST, TH) besteht keine feste Zuteilung der Personalkapazitäten zu einzelnen Rechtsgebieten. Die Aufsichtsbeamten und -beamtinnen, die im Vollzug der Arbeitsschutzvorschriften im Arbeitnehmerschutz eingesetzt werden, sind auch für den Vollzug des Mutterschutzgesetzes zuständig, da der Vollzug des Mutterschutzgesetzes zu den Kernaufgaben der staatlichen Arbeitsschutzbehörden gehört.

Folgende Länder haben die Anzahl der Aufsichtspersonen, die mit den Kontrollen zur Einhaltung der Mutterschutzvorschriften beschäftigt waren, gemeldet (Daten für das Jahr 2018 liegen der Bundesregierung noch nicht vor):

Tabelle 12: Anzahl der Aufsichtspersonen (Vollzeitäquivalente) in den Jahren 2007 bis 2017, die mit den Kontrollen zur Einhaltung der Mutterschutzvorschriften beschäftigt sind

Jahre	Anzahl der Stellen als Vollzeitäquivalente der Länder				
	BW	HH	NW	SL	RP
2007	11,1	3	k.A.	2	Im Durchschnitt 6 bis 6,5 Personen pro Jahr
2008	11,2	3	k.A.	2	
2009	11,6	3	k.A.	2	
2010	10,8	2,5	k.A.	2	
2011	10,6	2,5	16,8	2	
2012	8,9	2,5	16,25	2	
2013	9,2	2,5	16,65	2	
2014	10,3	2,5	15,95	2	
2015	7,8	2,5	18,25	2	
2016	9,6	2,5	17,75	2	
2017	10,2	2,5	17,45	2	

13. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Beanstandungen bezüglich des MuSchG in den Jahren von 2007 bis 2018 (bitte nach Bundesländern und Branchen aufschlüsseln)?

Eine Erfassung der Beanstandungen bzgl. des Mutterschutzgesetzes nach Branchen erfolgt nicht. Zahlen für das Jahr 2018 liegen der Bundesregierung noch nicht vor.

Tabelle 13: Anzahl der Beanstandungen beim Vollzug des MuSchG in den Jahren 2007 bis 2018

Jahr	Anzahl der Beanstandungen nach MuSchG													
	BB	BE	BY	HB	HE	HH	MV	NI	NW	RP	SL**	SN	ST	TH
2017	50	7	1982	11	249	54	63	64	961	70	212	158	46	11
2016	88	35	2696	22	320	33	80	69	981	111	138	152	110	14
2015	60	22	3586	21	300	117	34	61	1096	163	4	175	68	14
2014	67	39	3030	21	239	54*	31	83	787	117	1	198	98	19
2013	116	76	2979	21	274		10	163	387	163	1	232	112	31
2012	116	115	2510	23			2	117	369	182	1	262	87	59
2011	179	107	2404	71			6	168	332	132	10	283	113	54
2010	138	94	3133	70			7	235	377	202	3	380	102	48
2009	201	150	3284	86			11	197	2182	194	6	553	108	50
2008	213	196	2484	13			7	132	2618	226	13	801	94	99
2007	243	206	1971	49			13	106	736	335	4	693	140	107

Daten Schleswig-Holstein liegen nicht vor

* nur 01.06.- 31.12.2014

** ab 2016 erfolgte eine Umstellung in der Erfassung der Mängel, daher der Sprung in den Zahlen

In Baden-Württemberg liegen hierzu keine statistisch erfassten Daten vor. Die statistische Erfassung von Beanstandungen für den Jahresbericht der Gewerbeaufsicht wurde in Baden-Württemberg im Zusammenhang mit der Verwaltungsstruktur-Reform im Jahr 2005 abgeschafft.

14. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich der Umsetzung der GDA-Richtlinien zum Arbeitsschutz, insbesondere der Leitlinie Beratung und Überwachung bei psychischer Belastung am Arbeitsplatz vor?

Aus einer Abfrage an die Leiter und Leiterinnen der Präventionsdienste der Unfallversicherungsträger und der obersten Arbeitsschutzbehörden der Länder zur Implementierung der GDA-Leitlinien aus dem Jahr 2018 geht hervor, dass

- 60 Prozent der GDA-Träger die vier Leitlinien (Gefährdungsbeurteilung und Dokumentation, Organisation des betrieblichen Arbeitsschutzes, Beratung und Überwachung bei psychischer Belastung am Arbeitsplatz, Planung und Ausführung von Bauvorhaben) im vollen Umfang in die tägliche Arbeit integriert haben,
- 29 Prozent der Berufsgenossenschaften, Unfallkassen und Arbeitsschutzverwaltungen die Inhalte der Leitlinien „eher“ (also im überwiegenden Maße) in ihre Beratungs- und Überwachungskonzepte integriert haben und
- die Leitlinien „Gefährdungsbeurteilung und Dokumentation“ sowie „Organisation des betrieblichen Arbeitsschutzes“ den höchsten Umsetzungsgrad haben.

Mit den GDA-Leitlinien soll eine gleichwertige Beurteilung der betrieblichen Umsetzung von entsprechenden Vorgaben zu Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit durch das Aufsichtspersonal von Ländern und Unfallversicherungsträgern erreicht werden. In einem mit sieben Aufsichts- und Präventionsdiensten durchgeführten Projekt zur Wirkung von Besichtigungen der Betriebe durch die Aufsichts- und Präventionsdienste der staatlichen Arbeitsschutzbehörden und der Unfallversicherungsträger auf den betrieblichen Arbeitsschutz (GDA-Wirkungsprojekt siehe: www.gda-portal.de/DE/GDA/Evaluation/2013-2018/2013-2018_node.html, Bereich Dokumente) konnte eine hohe Übereinstimmung bei der Bewertung von betrieblichen Situationen zwischen den beteiligten Aufsichtsbeamtinnen und -beamten der Länder und den beteiligten Aufsichtspersonen der Unfallversicherungsträger festgestellt werden.

Die GDA-Leitlinie „Beratung und Überwachung bei psychischer Belastung am Arbeitsplatz“ sieht ein Zwei-Ebenen-Modell der Beratung vor. Auf einer ersten Ebene ist zunächst das Aufsichtspersonal im Sinne seiner Generalistenkompetenz der direkte Ansprechpartner für die Unternehmen. Spezifisches Fachwissen sollte auf einer zweiten Ebene durch entsprechend qualifiziertes Aufsichtspersonal oder durch Fachexpertinnen und -experten bereitgestellt werden. Diese können bei Bedarf vom Aufsichtspersonal hinzugezogen werden. Hierzu wurden im Rahmen des GDA-Arbeitsprogramms „Stress reduzieren – Potenziale entwickeln“ (Arbeitsprogramm PSYCHE) umfangreiche Qualifizierungsmaßnahmen des Aufsichtspersonals durchgeführt.

Die Arbeitsschutzbehörden der Länder berichten dazu:

Für die Länder wurden die GDA-Leitlinien in den LASI-Veröffentlichungen konkretisiert, z. B. in der LV 54 „Grundsätze der behördlichen Systemkontrolle“ und der LV 59 „Handlungsanleitung zur Überprüfung der Gefährdungsbeurteilung“. Die GDA-Leitlinie „Planung von Bauvorhaben“ betrifft vor allem die Baubehörde. Die neu verabschiedete GDA-Leitlinie „Staubminderung beim Bauen“ muss noch operationalisiert werden.

Die GDA-Leitlinie zur „Beratung und Überwachung bei psychischer Belastung am Arbeitsplatz“ korrespondiert mit der LV 52 „Integration psychischer Fehlbelastungen in die Beratungs- und Überwachungspraxis der Arbeitsschutzbehörden

der Länder“. Derzeit wird die LV 52 von einer LASI-Arbeitsgruppe aktualisiert, um die GDA-Leitlinie und die Befunde aus dem GDA-Programm entsprechend aufzugreifen.

Die genannten LASI-Veröffentlichungen und auch die GDA-Leitlinien wurden in den Ländern für die Aufsichtsbeamtinnen und -beamten bekannt gemacht. Es wurden sowohl innerhalb der Länder als auch länderübergreifend und im Rahmen der GDA zahlreiche Erfahrungsaustausche und regelmäßige Schulungen durchgeführt.

Im GDA-Programm PSYCHE (Schutz und Stärkung der Gesundheit bei arbeitsbedingter psychischer Belastung) wurden weiterhin – anknüpfend an der GDA-Leitlinie – Richtlinien für die Anforderungen an die fachliche Qualifizierung der Aufsichtspersonen erarbeitet. Diese wurden bereits erprobt und in den entsprechenden Fortbildungsmaßnahmen, die die Länder während der 2. GDA-Periode seit dem Jahr 2014 für ihr Aufsichtspersonal angeboten haben, auch zugrunde gelegt. Insofern ist für die GDA-Leitlinie zu psychischer Belastung davon auszugehen, dass sie bezüglich des fachlichen Rahmens, der gewährleisten soll, dass konkrete Überwachungs- und Beratungskonzepte inhaltlich gleichgerichtet und in Funktionalität und Anforderungsprofil für die GDA-Träger gleichwertig ausgestaltet sind, den Aufsichtspersonen bekannt gemacht wurden.

In folgenden Ländern wurden die Inhalte der GDA-Leitlinie zur Beratung und Überwachung bei psychischer Belastung am Arbeitsplatz bzw. der LV 52 geschult und in der Überwachung unter anderem im Rahmen des GDA-Arbeitsprogramms „PSYCHE“ umgesetzt: BE, BW, BY, HB, HE, HH, MV, NI, NW, SH, SN, ST, TH. Weitere entsprechende Schulungen finden regelmäßig statt, die Überführung in die reguläre Aufsichtstätigkeit erfolgt sukzessive.

15. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, in wie vielen Fällen in den Jahren 2007 bis 2018 die Ermittlung von Gefährdungen im Rahmen einer Gefährdungsbeurteilung durch die zuständige Arbeitsaufsicht kontrolliert wurde (bitte Art der jeweiligen Gefährdungen ausweisen und nach Branchen sowie Bundesländern geordnet darstellen)?
16. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, in wie vielen Fällen in den Jahren 2007 bis 2018 die Dokumentation der Gefährdungsbeurteilung durch die zuständige Arbeitsaufsicht kontrolliert wurde (bitte Art der jeweiligen Gefährdungen ausweisen und nach Branchen sowie Bundesländern geordnet darstellen)?
17. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, in wie vielen Fällen in den Jahren 2007 bis 2018 die Umsetzung von Maßnahmen im Zusammenhang mit Gefährdungsbeurteilungen durch die zuständige Arbeitsaufsicht kontrolliert wurde (bitte Art der jeweiligen Gefährdungen ausweisen und nach Branchen sowie Bundesländern geordnet darstellen)?
18. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, in wie vielen Fällen in den Jahren 2007 bis 2018 Maßnahmen im Zusammenhang mit Gefährdungsbeurteilungen durch die zuständige Arbeitsaufsicht auf ihre Wirksamkeit hin überprüft wurden (bitte Art der jeweiligen Gefährdungen ausweisen und nach Branchen sowie Bundesländern geordnet darstellen)?

Die Fragen 15 bis 18 werden gemeinsam beantwortet.

Die Arbeitsschutzbehörden der Länder äußern sich dazu wie folgt:

Die Fragen 15 bis 19 beziehen sich auf den Prozess der Erstellung der Gefährdungsbeurteilung, so wie dieser im Arbeitsschutzgesetz vorgegeben ist und in der

LASI-Veröffentlichung LV 59 „Handlungsanleitung zur Überprüfung der Gefährdungsbeurteilung“ (durch die staatliche Arbeitsschutzbehörde) näher beschrieben wird. Die Gesamtbeurteilung der Durchführung der Gefährdungsbeurteilung erfolgt in den Kategorien „angemessen“, „nicht angemessen“ und „nicht durchgeführt“. In diese Gesamtbeurteilung geht die Überprüfung der einzelnen Prozessschritte (einschließlich der Dokumentation) ein. Eine differenzierte Erfassung der Bewertung der einzelnen Prozessschritte (Ermitteln der Gefährdungen, Beurteilen der Gefährdungen, Festlegen von konkreten Arbeitsschutzmaßnahmen, Durchführen der Maßnahmen, Überprüfen der Wirksamkeit der Maßnahmen, Fortschreiben der Gefährdungsbeurteilung und die Dokumentation) erfolgt nicht systematisch.

Die Überprüfung der Angemessenheit der Organisation der Durchführung der Gefährdungsbeurteilung erfolgt in den Ländern im Rahmen der Systemkontrolle (siehe dazu auch LV 1 und LV 54).

Seit dem Jahr 2012 führen die Aufsichtsbeamtinnen und -beamten der Arbeitsschutzverwaltungen der Länder diese Systemkontrollen durch. Neben einer Bewertung der Geeignetheit der betrieblichen Arbeitsschutzorganisation erfolgt im Rahmen der Systemkontrolle auch eine Bewertung der Qualität der betrieblichen Gefährdungsbeurteilung in den Kategorien „angemessen“, „nicht angemessen“ und „nicht durchgeführt“. Zur differenzierten Darstellung der Anzahl der durchgeführten Überprüfungen der betrieblichen Gefährdungsbeurteilung der Länder wird auf die Antwort zu Frage 20 verwiesen.

19. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, in wie vielen Fällen in den Jahren 2007 bis 2018 Gefährdungsbeurteilungen unter Einbeziehung der zuständigen Arbeitsaufsicht fortgeschrieben wurden (bitte Art der jeweiligen Gefährdungen ausweisen und nach Branchen sowie Bundesländern geordnet darstellen)?

Die Durchführung und Dokumentation der Gefährdungsbeurteilung, die Umsetzung von Arbeitsschutzmaßnahmen, die Wirksamkeitskontrolle und die Fortschreibung liegen in der Verantwortung des Arbeitgebers. Insoweit ist eine Einbeziehung der Arbeitsschutzbehörden der Länder bei der Fortschreibung der Gefährdungsbeurteilung nicht vorgesehen. Hierfür stehen dem Arbeitgeber die Fachkraft für Arbeitssicherheit und die Betriebsärztin oder der Betriebsarzt zur Beratung und Unterstützung zur Seite.

20. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, in wie vielen Fällen in den Jahren 2007 bis 2018 die Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen von der zuständigen Arbeitsaufsicht kontrolliert und als angemessen durchgeführt, nicht angemessen durchgeführt bzw. als nicht durchgeführt klassifiziert wurde (bitte Art der jeweiligen Gefährdungen ausweisen und nach Branchen sowie Bundesländern geordnet darstellen)?

Nach Aussage der Arbeitsschutzbehörden der Länder wird die Beurteilung der Durchführung der Gefährdungsbeurteilung durch die Aufsichtsbeamtinnen und -beamten in den meisten Ländern in der Regel im Rahmen der Systemkontrolle (Basis-Dokumente: GDA-Leitlinie Arbeitsschutzorganisation, GDA-Leitlinie Gefährdungsbeurteilung und Dokumentation, LASI-Veröffentlichungen LV 54, LV 59 und LV 1) vorgenommen.

Die Überprüfung der Durchführung der Gefährdungsbeurteilung war auch ein Schwerpunkt innerhalb des GDA-Arbeitsprogramms „Verbesserung der Organisation des betrieblichen Arbeitsschutzes (Arbeitsprogramm ORGA)“. Der

Abschlussbericht des Programms ORGA enthält vielfältige Darstellungen, u. a. auch zur Überprüfung der Durchführung der Gefährdungsbeurteilung im Rahmen des Kernprozesses des Arbeitsprogramms (www.gda-portal.de/DE/Downloads/pdf/Organisation-Abschlussbericht-zum-AP-ORGA.pdf?__blob=publicationFile&v=1).

In einigen Ländern liegen erst mit dem Start des Arbeitsprogramm ORGA (2. GDA-Periode) belastbare und auswertbare Ergebnisse zur Überprüfung der Arbeitsschutzorganisation (Systemkontrolle) und der damit verbundenen Überprüfung der Durchführung der Gefährdungsbeurteilung vor. Das Land Baden-Württemberg führt aus, dass diese Daten in Baden-Württemberg ausschließlich innerhalb des Arbeitsprogramms ORGA statistisch erfasst werden. Die Länder Hamburg und Nordrhein-Westfalen teilen mit, dass eine systematische Überprüfung des Arbeitsschutzsystems bei jeder Systemkontrolle erfolgt. Im Land Rheinland-Pfalz werden die Gefährdungsbeurteilungen bei jeder Inspektion der Arbeitsschutzorganisation überprüft.

Eine Aufschlüsselung nach Gefährdungen und Branchen ist nicht möglich. Tabelle 14 enthält eine Zusammenstellung der von den Länderbehörden im Rahmen der für diese Kleinen Anfrage durchgeführten Abfrage zugelieferten Daten.

Tabelle 14: Anzahl der durchgeführten Systemkontrollen in den Ländern nach Jahren

Land	Jahr	Anzahl System- kontrollen	Gefährdungsbeurteilung davon:					
			angemessen		nicht angemessen		nicht durchgeführt	
			absolut	%	absolut	%	absolut	%
Brandenburg	2012	5.067	2.860	56	1.851	37	356	7
	2013	4.297	2.240	52	1.742	41	315	7
	2014	3.209	1.526	48	1.410	44	273	9
	2015	2.961	1.336	45	1.324	45	301	10
	2016	2.886	1.253	43	1.324	46	309	11
	2017	2.481	1.048	42	1.204	49	229	9
Baden- Württemberg ¹	2014-2017	1.980	1.176	59	554	28	250	13
Bayern ¹	2014*	3.341	1.619	48	1.085	32	637	19
	2015	3.868	1.877	49	1.366	35	625	16
	2016	4.367	2.085	48	1.518	35	764	17
	2017	1.675	609	36	793	47	273	16
Hamburg	2014**	189	127	67	24	13	38	20
	2015	513	325	63	126	25	62	12
	2016	556	357	64	151	27	48	9
	2017	550	359	65	165	30	26	5
Hessen ^{1,2}	2014-2016	724		33		44		23
Nieder- sachsen	2010	2.095	1.337	64	479	23	279	13
	2011	1.431	976	68	272	19	183	13
	2012	2.811	1.436	51	945	34	430	15
	2013	2.833	1.212	43	1.114	39	507	18
	2014	2.579	1.072	42	951	37	556	22
	2015	2.425	983	41	969	40	473	20
	2016	2.596	1.061	41	1.040	40	495	19
Nordrhein- Westfalen	2017	2.486	938	38	1.012	41	536	22
	2013	3.581		45		42		13
	2014	3.355		44		41		15
	2015	3.458		47		40		13
	2016	3.639		47		40		13
Rheinland- Pfalz	2017	3.396		44		43		13
	2007	4.965						
	2008	5.237						
	2009	4.476						
	2010	4.044						
	2011	4.486						
	2012	4.053						
	2013	3.157						
	2014	2.813						
	2015	3.157						
Saarland	2016	3.921						
	2017	3.277						
Sachsen	2015-2018	1.540						
Sachsen- Anhalt ¹	2014-2017	1.664	941	57	538	32	165	10
	2014-2017			54		34		12

¹ An das GDA-Arbeitsprogramm ORGA übermittelte Zahlen² Aus dem ZielvorgabenInformationssystem (hessenspezifisch) lässt sich ermitteln, dass in den Jahren 2015 ca. 2 106, 2016 ca. 2 105 und 2017 ca. 1 524 Gefährdungsbeurteilungen überprüft wurden.

* Die Erfassung erfolgt ab April 2014.

** Die Erfassung erfolgt ab Juni 2014.

21. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, in welcher Höhe in den Jahren 2007 bis 2018 Bußgelder im Zusammenhang mit nicht erstellten oder unvollständigen Gefährdungsbeurteilungen von den zuständigen Behörden verhängt wurden (bitte für jedes Jahr gesondert darstellen und nach Branchen sowie Bundesländern geordnet darstellen)?

Nach Stellungnahme der Arbeitsschutzbehörden der Länder gilt grundsätzlich, dass eine gesonderte Auswertung der wegen nicht oder unvollständig durchgeführten Gefährdungsbeurteilungen eingeleiteten Verwaltungsmaßnahmen sowie der eingeleiteten Ordnungswidrigkeitenverfahren mit verhängtem Bußgeld in den Ländern nicht erstellt wird. Diese Fragestellung ist in dieser Weise auch problematisch zu beantworten, da Verwaltungshandeln sich in der Regel auf eine betriebliche Gesamtbewertung stützt und in der Regel nicht ausschließlich auf das Fehlen einer Gefährdungsbeurteilung.

Bei der Überprüfung von Gefährdungsbeurteilungen durch die Aufsichtsbeamtinnen und -beamten liegt zunächst der Schwerpunkt des Verwaltungshandelns nicht auf der Verhängung von Bußgeldern, sondern auf dem Ziel der Verbesserung und damit der Erhöhung der Qualität des betrieblichen Arbeitsschutzes.

22. Inwiefern fühlt sich die Bundesregierung an das Übereinkommen Nummer 81 zur Arbeitsaufsicht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gebunden (bitte begründen)?

Deutschland hat das Übereinkommen Nr. 81 ratifiziert und ist nach Maßgabe von Artikel 19 Ziffer 5 Buchstabe d) der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verpflichtet, die zur Durchführung der Bestimmungen des betreffenden Übereinkommens erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

23. Inwiefern sieht die Bundesregierung in Deutschland die Vorgabe des ILO-Übereinkommens Nummer 81 erfüllt, das vorsieht eine ausreichende Zahl von Aufsichtsbeamten vorzuhalten, um eine wirksame Arbeitsaufsicht zu gewährleisten (bitte begründen)?
24. Inwiefern teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass mit dem Personalabbau im öffentlichen Dienst die Umsetzung des ILO-Übereinkommens Nummer 81 in Deutschland gefährdet ist (bitte begründen)?

Die Fragen 23 und 24 werden gemeinsam beantwortet.

Artikel 10 des Übereinkommens Nr. 81 fordert, dass die Zahl der Aufsichtsbeamtinnen und -beamten ausreichen muss, um die wirksame Ausführung der Aufgaben der Arbeitsaufsicht zu gewährleisten. Eine konkrete Zahl an Aufsichtsbeamtinnen und -beamten legt das Übereinkommen Nr. 81 nicht fest.

Deutschland berichtet der ILO regelmäßig über die Durchführung des Übereinkommens Nr. 81. Der jüngste Bericht wurde im Jahr 2017 vorgelegt und hat nach Kenntnis der Bundesregierung nicht zu Beanstandungen der ILO geführt.

Auf der 95. Konferenz der Minister und Ministerinnen, Senatoren und Senatorinnen für Arbeit und Soziales der Länder (ASMK) 2018 haben sich die Länder zu dem Ziel bekannt, ausreichende personelle Ressourcen auf Grundlage strategischer Ziele, wie z. B. proaktive Überwachung mit besonderem Fokus auf kleinere und mittlere Unternehmen und unter angemessener Berücksichtigung der ILO-Vorgaben, sicherzustellen. Die Bundesregierung begrüßt dies und wünscht sich eine zeitnahe Umsetzung des Beschlusses.

25. Inwiefern fühlt sich die Bundesregierung an die Europäische Sozialcharta (ESC) gebunden, die in Artikel 3 Anforderungen an die Arbeitsschutzaufsicht festlegt (bitte begründen)?

Deutschland hat die Europäische Sozialcharta von 1961 (ESC) ratifiziert und nach Artikel 20 Absatz 2 der ESC von 1961 dem Generalsekretär des Europarats mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde notifiziert, dass Deutschland auch den Artikel 3 Nummer 2 der ESC von 1961 als für sich bindend ansieht. Die revidierte Europäische Sozialcharta von 1996 wurde von Deutschland zwar gezeichnet, jedoch nicht ratifiziert.

26. Inwiefern teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass die in Artikel 3 Nummer 2 der ESC festgeschriebenen Aufgaben in Deutschland auf Grund des Personalabbaus im öffentlichen Dienst nicht erfüllt werden (bitte begründen)?

Um die wirksame Ausübung des Rechts auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen zu gewährleisten, verpflichten sich die Vertragsparteien der ESC von 1961 nach Maßgabe von Artikel 3 Nummer 2, für Kontrollmaßnahmen zur Einhaltung dieser Vorschriften zu sorgen. Diese Verpflichtung wird erfüllt, indem in Deutschland Kontrollmaßnahmen in Bezug auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen durchgeführt werden. Auf die Antwort zu Frage 9 wird verwiesen.

27. Inwiefern beabsichtigt die Bundesregierung, die Verordnung zum Schutz vor Gefährdungen durch psychische Belastungen bei der Arbeit („Anti-Stress-Verordnung“), die am 3. Mai 2013 (Bundratsdrucksache 315/13) vom Bundesrat beschlossen wurde, umzusetzen (bitte begründen)?

Die Bundesregierung hat seinerzeit zu der Verordnungsinitiative des Bundesrates zum Schutz vor Gefährdungen durch psychische Belastung Stellung genommen und darauf hingewiesen, dass weitere wissenschaftliche Erkenntnisse notwendig sind. Die inzwischen vorliegenden Erkenntnisse der BAuA aus dem Forschungsprojekt „Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt“ werfen die Frage auf, ob ein rechtsetzender Interventionsansatz möglicherweise tariflichen oder betrieblichen Regulierungen unterlegen sein könnte. Für die Mehrheit der untersuchten Arbeitsbedingungsfaktoren konnten keine allgemeingültigen Gestaltungsanforderungen identifiziert werden. Psychische Belastungen bei der Arbeit haben in der Regel multifaktorielle Ursachen. Es müssen sowohl verschiedene Belastungsfaktoren, auch in ihrem Zusammenwirken, als auch Ressourcen berücksichtigt werden. Dies macht die Ableitung verallgemeinerbarer Gestaltungsanforderungen an einzelne Arbeitsbedingungsfaktoren schwierig. Deshalb müssen die Möglichkeiten intensiviert werden, Betriebe und Beschäftigte zu befähigen, das vorhandene Arbeitsschutzinstrumentarium, insbesondere die Gefährdungsbeurteilung, zu nutzen, um Gesundheitsrisiken durch psychische Belastungen frühzeitig zu erkennen und ihnen durch eine menschengerechte Arbeitsgestaltung vorzubeugen. Das Arbeitsprogramm „PSYCHE“ der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) sowie die Initiative „Neue Qualität der Arbeit“ (INQA) leisten hierzu wichtige Beiträge.